



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 218 31-32

Fernschreiber 039 890

P/VIII/233 - 7.10.53

Hinweise
auf den Inhalt:

Vermehrung der Ministerien ?	S. 1
Frankreichs "schmutziger Krieg"	S. 3
Die Verwaltungsreform in NRW	S. 5
Glosse: Die hohe Kante	S. 7

Kuh - alitionshandel

(sp) Der zweite Deutsche Bundestag hat sich konstituiert, und am Freitag wird der "scheintote" Bundeskanzler Dr. Adenauer nach seiner Wiederwahl, über die man kein Wort zu verlieren braucht, wieder quicklebendig werden. Alles in allem, eine parlamentarische Woche, die viel Repräsentation und wenig Politik brachte, wenn man von dem Schönheitsfehler eines Dritten Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages absieht, den man sachlich kaum, aber um des lieben Friedens willen akzeptieren kann.

Politik wird erst die nächste Woche in Bonn werden, denn die dann fällige Regierungsbildung ist ein Politikum ersten Ranges, das nicht nur die Beteiligten allein angeht. Wir wollen uns durchaus nicht an dem Bäumchen-wechsel-dich-Spiel der thörichtesten und klugen Kombinationen um Personen beteiligen. Eines aber steht schon heute fest: Die Sozialdemokratie wird gegen die zu große Zahl der Ministerien und vor allem gegen völlig überflüssige Ministerien Stellung nehmen müssen. Schon die bisherige Zahl von zwölf Ministerien war zu viel, die zu erwartenden sechzehn bis siebzehn Ministerien der zweiten Deutschen Bundesregierung verraten einen Zuschnitt, der dem Provisorium Bundesrepublik auf keinen Fall angepaßt ist.

Wir werden es nicht einsehen können, warum wir einen zweiten Außenminister für Europa-Fragen in der Person von Dr. von

Brantano bekommen sollen, der doch nur Funktionen erfüllen kann, die ein hoher Ministerialbeamter ebenso leisten könnte. Es ist auch nicht einzusehen, warum daneben auch noch ein ERP-Minister praktisch die wirtschaftspolitische Außenpolitik betreibt - in sein Ressort sollen auch alle Fragen, die mit der Montan-Union zusammenhängen, einbezogen werden - und dabei nur in permanenten Konflikt mit dem aktiveren Kollegen aus dem Wirtschaftsministerium kommen muß.

Die größten Bedenken aber muß man gegen die geplante Aufteilung des Bundesinnenministeriums in zwei oder drei Ressorts anmelden. Die völlig überflüssige Position des bisherigen Bundesministers für Angelegenheiten des Bundesrates wird dadurch nicht sachlich gerechtfertigt werden, wenn man Heinrich Hellwege zum dritten Innenminister für Länderfragen bestellt. Ein zweiter Innenminister für sogenannte Planungsfragen wäre ein Kuriosum, denn Planung war bisher doch immer das rote Tuch für diese Regierung.

Ebenso ungerechtfertigt wäre es, wenn man das Gesamtdeutsche Ministerium aufspalten würde und dem BHE einen Ministerposten für Gesamtdeutsche Fragen jenseits der Oder-Neiße-Linie geben würde. Gesamtdeutsch bedeutet eben nicht das Gebiet bis zur Oder-Neiße-Linie, sondern es umfaßt die Grenzen des ehemaligen Deutschland von 1937. Dieses Ministerium hat sich auch niemals als Vier-Zonen-Ministerium gefühlt und gearbeitet. Seine Aufspaltung wäre geradezu eine Persiflage auf den Begriff der gesamtdeutschen Aufgaben.

Es ist außerordentlich zu bedauern, daß alle diese Fragen nicht von sachlichen Gesichtspunkten her erörtert werden, sondern daß die Koalitions- und Personalfrage wie bei der Bildung der ersten Bundesregierung im Vordergrund steht. Wir erinnern uns da an die Debatten um das Wahlgesetz, als die Vertreter der CDU immer wieder die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit und einer damit funktionsfähigen Regierung forderten. Es ist auch ohne das Känguruh-Wahlssystem von Heinrich Hellwege zu der vorhandenen arbeitsfähigen Mehrheit gekommen. Aber was hat es genützt ?

+ + +

Eine wichtige Entscheidung

G.S.Paris, Anfang Oktober

"Frankreich sitzt jetzt in der Tinte", sagte ein französischer Parlamentarier, als die offizielle Bestätigung dafür eintraf, dass die Vereinigten Staaten der französischen Regierung 385 Millionen Dollar für die "Intensivierung" des Krieges in Indochina zur Verfügung gestellt haben. Er hatte nicht so unrecht, wenn man bedenkt, dass die französische Regierung dieses grösszügige Geschenk mit der Versicherung beantwortete, dass Frankreich jetzt dazu übergehen werde, "die Armee des kommunistischen Viet-Minh" zu zerstören.

Es ist fast unglaublich, dass eine französische Regierung nach sieben Jahren eines blutigen und immer aussichtsloser werdenden Ringens noch ernsthaft an einen "Endsieg" in Indochina denken kann. Doch gerade dieses Ziel hat sich der französische Generalstab in Indochina gestellt. Die unmittelbare Folge der amerikanischen Gabe ist, dass neun weitere französische Bataillone demnächst nach Indochina gesandt werden, und es ist noch nicht abzusehen, wie lange die französische Regierung dem amerikanischen Druck widerstehen kann, der seit einiger Zeit deutlich darauf abzielt, dass nun... endlich Kontingente französischer Rekruten, und nicht mehr nur Kader der Berufsarmee auf die indochinesischen Schlachtfelder entsandt werden.

Psychologisch dürfte der Beschluss der französischen Regierung eine sehr negative Auswirkung in Frankreich haben. Der Krieg in Indochina ist denkbar unpopulär und niemand begreift, warum Frankreich nicht mit Ho Chi Minh, dem Chef des Viet-Minh, verhandeln sollte, da man doch in Korea mit einer Macht - China - verhandelt hat, die die Bemühungen Ho Chi Minhs aktiv unterstützt. Die Bevölkerung kann nicht begreifen, warum Frankreich auf eine "militärische Entscheidung" in Indochina drängen soll, die von den Indochinesen selbst - soweit sie nicht dem Viet-Minh angehören - in keiner Weise gewünscht wird. Denn wenn die Verhandlungen, die Frankreich gegenwärtig mit den Regierungen der drei indochinesischen Staaten - Viet-Nam, Laos, Kambodscha - führt, eindeutig eins ergeben haben, so dieses: die Regierungen dieser Staaten sind - eventuell - bereit, sich am Krieg gegen den Viet-Minh zu beteiligen, wenn Frankreich

ihnen die volle Unabhängigkeit zusichert, d.h. darin einwilligt, das Territorium Indochinas so schnell wie möglich zu räumen.

Es kommt hinzu, daß gegenwärtig in Paris die Verhandlungen der parlamentarischen Kommission über den Piasterskandal stattfinden. Sie werden wahrscheinlich nie volles Licht in das Dunkel schmutziger Geschäfte bringen, aber sie haben mit Eindeutigkeit ergeben, daß Milliarden und Abermilliarden in diesem Krieg geschoben und verschoben wurden, die mitunter sogar durch Waffenlieferungen an... den Viet-Minh eingeheimst wurden.

Es war in Frankreich vom "schmutzigen Krieg" die Rede, und die Enthüllungen der Kommission haben diesen Begriff in großem Maße gerechtfertigt. Doch erfolgt hier und da der Einwand, daß Indochina "ein Teil der atlantischen Front" sei und daß es unbedingt gelte, diesen Abschnitt "der freien Welt" zu halten. Nicht nur Sozialisten, sondern auch Konservative, wie beispielsweise der bekannte Publizist Raymond Aron und einige Minister haben darauf hingewiesen, daß dieses Argument trügerisch sei. Selbst vom "atlantischen Standpunkt" aus kann kein Zweifel daran bestehen, daß jede Intensivierung des Krieges in Indochina unvermeidlich zur Schwächung der militärischen Stärke Frankreichs in Europa führt und somit die "atlantische Front" in einem Abschnitt schwächt, der in Wirklichkeit viel wesentlicher ist als Indochina, das militärisch weder durch Frankreich allein, noch auch mit direkter amerikanischer Hilfe erobert werden kann; im Übrigen ist davon nicht die Rede, denn es ist undenkbar, daß die Vereinigten Staaten ihre "boys" nach Indochina senden, nachdem ihre Anwesenheit in Korea auf immer größeren Widerstand des amerikanischen Volkes trifft.

Bleibt die Ausrüstung einheimischer Bataillone, von denen seit Jahren die Rede ist: abgesehen davon, daß - verständlicherweise - von derartigen Bataillonen kaum die Rede ist, ist man sich in Paris darüber klar, daß ihre Wirksamkeit sehr beschränkt sein müßte. Immer wieder sickern Nachrichten über Massendesertionen aus den indochinesischen Einheiten zum Viet-Minh durch, und es ist bekannt, daß der französische Generalstab zögert, derartige Bataillone in größerem Maßstab einzusetzen.

Es ist Frankreich aus zahlreichen politischen und psychologischen Gründen nicht gelungen, anderen Persönlichkeiten als "Tschiang-Kaischeks" um sich zu sammeln: und die Erfahrung hat ergeben, daß auf diese Weise keine Schlacht und kein Krieg gewonnen werden kann. Die "atlantische" Politik in Indochina hat sich bereits als Fehlschlag erwiesen. Der Frankreich gewährte Kredit wird sich nicht positiv auswirken.

Die Einsparung blieb aus

Schattenseiten der Verwaltungsreform in Nordrhein-Westfalen

L.K. Eine Regierung, die mit einer Einsparung an Bürokratie und Bürokraten ernst macht, kann des öffentlichen Beifalls sicher sein. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Arnold fand die Zustimmung breitesten Kreise, als er vor anderthalb Jahren vor den Industrie- und Handwerkskammern seine Pläne zur Verwaltungsreform erörterte. Besonders gefiel die Auffassung, daß ein tüchtiger Beamter drei minderfähige Kräfte ersetzen kann und die bessere Bezahlung solcher Experten überdies noch ein gutes Geschäft für den Steuerzahler ist. Ein schlechter Beamter kann 100000 M kosten. Nicht weniger eindrucksvoll war der Hinweis, daß eine Bereinigung der Unzahl widersprechender und paralleler Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften aus dem alten Reichsrecht, dem preußischen Recht, dem Besatzungsrecht und Bundesrecht die Rechtssicherheit erhöhen und die Verwaltung vereinfachen würde. Man dürfte gespannt sein, welche Taten der Rede folgen würden.

Es geschah anderthalb Jahre, soweit es die Öffentlichkeit beobachten konnte, nicht allzuviel. Der SPD-Landtagsabgeordnete Kühn mußte im Frühjahr 1953 den Ministerpräsidenten nachdrücklich an sein Versprechen erinnern.

Dann - Mitte - September - teilte der Ministerpräsident den Kabinettsbeschluss mit, drei Ministerien in eines zusammenzulegen, eine zweifellos publikumswirksame Maßnahme, da die Öffentlichkeit sich sowieso schon fragte, warum es immer noch je ein Ministerium für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau geben mußte. Zugleich wurde bekanntgegeben, daß ein Teil der von diesen Ministerien wahrgenommenen Verwaltungsaufgaben von den ab 1. Oktober neu konstituierten Landschaftsverbänden Nordrhein- bzw. Westfalen zu übernehmen seien. Auch das Kultusministerium würde einiges delegieren. Es würden 500 Angestellte, Beamte und Arbeiter der drei Ministerien an die Landschaftsverbände abgegeben werden.

Bisher ist der Ministerpräsident eine Erklärung darüber schuldig geblieben, ob mit dem Rezept "aus drei mach eins" bereits fühlbare Ersparnisse erzielt werden. Befragt, wieviel Personal denn die neuen Landschaftsverbände außer den 500 abgegebenen Kräften beschäftigen würden, erklärte Innenminister Meyers, man könne den neuen Landschaftsverbänden nicht vorgreifen.

Eigenstaatlichkeit ohne Tradition

Was und warum Landschaftsverbände? Im alten Preußen gab es als höchste koordinierende Instanz im kommunalen Bereich die Provinzialverbände mit bestimmten kommunalen Gemeinschaftsaufgaben z.B. in der Fürsorge, im Gesundheitswesen. Diese Provinzialverbände wurden von der britischen Militärregierung außer Funktion gesetzt. Besonders in Westfalen hat seit den Zeiten des Freiherrn vom Stein der Provinzialverband mit dem Provinziallandtag als ein Instrument gegolten, mit dem man sich gegen echte oder vermeintliche Übergriffe des preußischen Zentralismus zur Wehr zu setzen vermochte. Die politisch-konfessionellen Auseinandersetzungen der späteren Jahrzehnte trugen dazu bei, das Ansehen des in Münster domizilierten Verbandes zu festigen.

Die Reaktivierung der Provinzialverbände in Gestalt der Landschaftsverbände als erste Maßnahme der Verwaltungsreform in Nordrhein-Westfalen sollte deshalb zu einigem Nachdenken Anlaß geben. Weiten Kreisen der Bevölkerung ist es unverständlich, warum man bei einer Neugliederung der Verwaltung nicht Gelegenheit nahm, das Ruhrgebiet endlich einmal zusammenzufassen, um die Gemeinschaftsprobleme des größten Industriegebietes Europas unbehindert von Zuständigkeitsproblemen in Angriff zu nehmen. Das Ruhrgebiet wird also weiterhin von 11 Großstädten, 3 Bezirksregierungen, 2 Landschaftsverbänden und 1 Ruhrsiedlungsverband verwaltet werden. Die Eigenstaatlichkeit Nordrhein-Westfalen als Bundesland entbehrt jeder Tradition. Man fragt sich, ob die Aktivierung von Landschafts- und Konfessionsinteressen in Gestalt der Landschaftsverbände etwa dem mangelnden Sinn der Mehrheit der Bevölkerung für den Föderalismus begegnen soll. Man fragt sich, ob die prononcierte Betonung dieser ersten Verwaltungsreformmaßnahme nicht den persönlichen Zwecken des Ministerpräsidenten dient, sein Prestige als Landeschef gegenüber dem Bundeskanzler zu erhöhen.

Der Ministerpräsident wird sich allerdings darüber klar sein müssen, daß diese mit einem Parlament versehenen Institutionen schnell ein politisches Eigenleben entfalten können, das sich einer Koordinierung mit den Landesinteressen mitunter entziehen könnte. So steht zwar Münster als Sitz des Landschaftsverbandes Westfalen traditionsgemäß fest, während es noch durchaus fraglich ist, ob Düsseldorf oder Köln Sitz des Landschaftsverbandes Nordrhein wird. Die Landschaftsverbände sollen ihrer Sitz selbst bestimmen. Die Wahl Kölns würde jedoch kaum als eine

Stärkung des Einflusses der Landesregierung unter Ministerpräsident Arnold aufgefaßt werden können. Die Entfernung zwischen Köln und Bonn ist jedenfalls geringer als zwischen Köln und Düsseldorf, geschweige denn zwischen Köln und Essen.

Es bleibt abzuwarten, wie sich dieser erste Teil der Verwaltungsreform auf die Anliegen der Arbeiterschaft und der Wirtschaft an der Ruhr auswirken wird, die schon wegen ihrer Herkunft aus allen Teilen Deutschlands nicht viel Verständnis für einen zum Föderalismus avancierten landschaftlichen Lokalpatriotismus haben dürfte.

+ + +

Die hohe Kante

Der Bundesernährungsminister Niklas hat sich in einem Rundschreiben an Arbeitgeberverbände, Bundesbahn und Bundespost für Vorschüsse oder Kredite zum Einkauf von Einkellerungskartoffeln eingesetzt. Er ist damit, wie es heißt, einer Anregung der Gewerkschaften gefolgt.

Zu jener Zeit, als Großvater die Großmutter nahm, pflegte man in Küche und Keller, in Schuppen und Scheuer einen ansehnlichen Wintervorrat zu sammeln; und nicht nur die geringeren Möglichkeiten, im Winter Konserven einer geschäftstüchtigen Industrie in Hülle und Fülle kaufen zu können, sondern vor allem auch wohlweise Sparsamkeit waren der Anlaß zu solchem Tun. Die billigen Preise des Sommers, die in der gewissenhaften Kalkulation des eigenen privaten Haushalts ein gewichtiger Faktor waren, lockten zur Konservierung von Obst, Gemüse, Eiern, Butter und allem, was an Nahrung alltäglich war und unentbehrlich schien. Es gab kaum einen Haushalt, der nicht mit Stapeln von Lebensmitteln für den Winter vorgesorgt hatte, als werde er für Monate von aller Versorgung abgeschnitten sein.

Das hat sich geändert. Ebenso, was die Kalkulation wie, was die Bevorratung betrifft. Von aller Vorratswirtschaft sind uns, von den Kohlen abgesehen, nur noch die Kartoffeln geblieben. Alles andere, das Gläschen Kirschen oder Schnittbohnen, das wir noch aufs Bord stellen, ist individuelle Angelegenheit, aber nicht mehr Norm.

Aber nicht das ist der Unterschied zu Großvaters Zeit. Der

wesentliche Unterschied ist der Vorschuß, für den heute Niklas plädiert. Großvater nahm das Geld, wenn die Lohntüte nicht reichte, von einer gewissen hohen Kante, auf der immer - und war es auch noch so wenig - etwas lag. Vorschuß nahmen Großvater und Großmutter nicht.

Und nun ist die Frage, sind wir so viel leichtsinniger oder sind wir so viel ärmer geworden seitdem? Bei allem Wohlleben, das wir gegenüber der früheren Zeit gewiß erreicht haben und das sich uns im Gasherd, im Kühlschrank oder im Lichtschalter präsentiert - die hohe Kante gehört nicht zum Mobiliar unserer Tage.

Auf diese Weise ist eigentlich der Appell des Herrn Niklas das Eingeständnis, daß unsere Welt nicht ganz in Ordnung ist. Um die Kaufkraft des Konsumenten ist es in dieser "Sozialen Marktwirtschaft" offenbar noch nicht zum besten bestellt. Für ein paar Zentner Kartoffeln, da wir ja schon Wurst und Schinken und Butter und Eier nicht in unseren ohnehin eng gewordenen Vorratsraum stellen, sollte in einer Welt, in der angeblich der Arbeiter einen hohen Anteil am Sozialprodukt hat, der Inhalt der Lohntüte reichen.

Aber er reicht nicht, und so bleibt also - da es zu den Talern auf der hohen Kante erst recht nicht gereicht hat - der Vorschuß als die einzige Möglichkeit. Wobei als schwacher Trost bleiben mag, daß der in die Zukunft weisende Vorschuß ein Wahrzeichen ist, das unserer schnelllebigen Zeit eher gemäß sein mag als eine hohe Kante, auf der das Geld verstaubt ...

R.G.

+ + +

Auf Rüstungsaufträge umgestellt

Das Ostbüro der SFD teilt mit:

Aus einigen Industriewerken der Sowjetzone wird bekannt, daß die nach Verkündung des neuen Kurses abgestopten Rüstungsaufträge wieder angelaufen sind. Unter anderem war die Produktion von Dieselmotoren für Schnellboote auf Motorradmotoren umgestellt worden. Die Rückkehr zum Bau von Marine Diesel-Motoren wurde mit der Erklärung begründet, die Einstellung der Reparationen habe es ermöglicht, die Motorradmotoren in der Bundesrepublik zu beschaffen.

+

Verantwortlich: Peter Raunau